



Stellungnahme der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen TOP Ö1 Geothermie – Vorstellung und Information über die Einleitung des Antragsverfahrens auf Erteilung der bergrechtlichen Genehmigung nach dem Bundesberggesetz (BbergG) durch die GeoHardt GmbH

Der Iran-Krieg und seine Folgen sollten allen endgültig unsere fatale Abhängigkeit von fossilen Energiequellen gezeigt haben.

Für die Fernwärmeversorgung in Schwetzingen eröffnet sich eine Chance, mit der Tiefengeothermie auf die Fossilen zu verzichten und einen lokalen, regenerativen, unerschöpflichen und saisonal unabhängigen Energielieferanten zu erschließen. Die Voraussetzungen sind dafür am Oberrhein ideal.

Fernwärme deckt bei uns ein Viertel des Gesamtheizbedarfs, Tendenz steigend.

Dafür will GeoHardt jetzt auf einer von Landwirten erworbenen Fläche in Schwetzingen eine Geothermie-Anlage errichten und betreiben. Ein Veto-Recht hat die Stadt nicht.

Bei diesem Vorhaben sind drei Aspekte für meine Fraktion vorrangig von Bedeutung:

- Angewendet wird das hydrothermale Verfahren, bei dem das Thermalwasser ohne große Druckabsenkung aus porösen Gesteinsschichten gewonnen und mit niedrigem Druck zurückgeführt wird. Es erfolgt also keine hydraulische Stimulation, die bei petrothormaler Geothermie aus kompaktem Gestein nötig ist und zu seismischen Ereignissen führen kann.
- Da die Anlage nur der Wärmegewinnung dienen wird, bleibt der Wasserkreislauf geschlossen.
- Die Bohrkanäle werden schalenförmig mit mehreren korrosionsresistenten Stahlrohren und Zementverfüllung vor Leckagen geschützt.

Hydrothermale Tiefengeothermie wird seit Jahrzehnten erfolgreich im Raum Paris, München und Basel betrieben. Dort werden insgesamt mehr als 400.000 Haushalte mit Wärme versorgt. Bei uns haben sich alle im Landtag vertretenen demokratischen Parteien für das Verfahren ausgesprochen.

Wir müssen aber auch die Bedenken in der Bevölkerung berücksichtigen, wie sie stellvertretend im Dialogforum der Zufallsbürger geäußert wurden. Was uns dabei besonders wichtig ist, wurde bereits vorab entschieden:

- die Vereinbarung, eine Ombudsperson zur unbürokratischen Hilfe bei Schäden einzusetzen,
- und die gutachterliche Klärung der Fragen zum Haftungsrecht.

Essentiell – auch wegen der Nähe des Standorts zur Wohnbebauung – ist für uns zudem ein ständiges seismologisches Monitoring, das laufend an das Bergbauamt übertragen wird. Damit kann von dort sofort reagiert und ein Betriebsstopp veranlasst werden, sollte es wider Erwarten zu seismischen Auffälligkeiten kommen.

Einen kommunalen Begleitkreis begrüßen wir, um die Transparenz der Abläufe sicherstellen. Diese haben wir bei GeoHardt bisher oft vermisst.

Der Vorlage stimmen wir zu.

Für die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Michael Rittmann